**Ersatzerklärung** **für die Gewährung von freigestellten Beihilfen, gemäß Art. 47 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 28 Dezember 2000, Nr. 445**

Die/Der Unterzeichnende (Name und Nachname) \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Geboren in \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Wohnhaft in (Adresse, Gemeinde, Provinz/Bundesland)

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Steuercode\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

in seiner/ihrer Eigenschaft als gesetzliche/r Vertreter/in oder Inhaber/in von (Firmenname / Firmenbezeich-nung) \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

mit Rechtsitz (Adresse, Gemeinde, Provinz/Bundesland)

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Steuercode\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

und bezogen auf das eingereichte INTERREG I/Ö - Projekt 2021-2027 mit folgendem Titel

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

zum Zweck der Gewährung einer Beihilfe gemäß Artikel 20 oder Artikel 20a der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 i.g.F. der Kommission vom 17. Juni 2014,

in Kenntnis der Verantwortung, einschließlich der strafrechtlichen Haftung, die im Falle der Abgabe falscher Erklärungen, der Erstellung falscher Dokumente oder deren Verwendung und der daraus resultierenden Verwirkung von Leistungen, die auf der Grundlage einer unwahren Erklärung gewährt wurden, gemäß Artikel 75 und 76 des Präsidialerlasses Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 (*Testo unico delle disposizioni legislative e regolamentari in materia di documentazione amministrativa*)

ERKLÄRT

- der angesuchte Betrag beläuft sich auf (Angabe der beihilfenrelevanten Kosten)[[1]](#footnote-2): \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

**Abschnitt A – Situation des Unternehmens**

- dass, gemäß Artikel 2 Paragraf 18 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 i.g.F.,

* sich das Unternehmen nicht in Schwierigkeiten befindet[[2]](#footnote-3)

UND VERPFLICHTET SICH

- die gegenständliche Erklärung sofort neuerlich einzureichen, falls sich Änderungen der erklärten Situation ergeben, wobei dieser Abschnitt auszufüllen ist;

ERKLÄRT

**Abschnitt B – Wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens**

- dass die vorwiegende wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens in Bezug auf die ISTAT-Klassifizierung ATECO 2007 oder ÖNACE 2008 Klassifizierung folgende ist: (Tragen Sie die Nummer/den Code der Eintragung in das Handelsregister oder, falls nicht vorhanden, den dreistelligen Bezugscode für die vorwiegende Tätigkeit ein)

Nr. ATECO 2007 / ÖNACE 2008:

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

- dass die folgenden wirtschaftlichen Tätigkeiten vom Unternehmen bei der Umsetzung des eingereichten Projektes durchgeführt werden: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

**Abschnitt C – Unternehmensgröße**

- dass gemäß Anlage I Verordnung (EU) Nr. 651/2014 i.g.F. das obgenannte Unternehmen wie folgt eingestuft ist:

☐ Kleinstunternehmen

☐ Kleines Unternehmen

☐ Mittleres Unternehmen

☐ Großes Unternehmen

und dass die Daten des Unternehmens folgende sind:

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Jahr (1) | Mitarbeiter (JAE) | Umsatz (€)  | Bilanzsumme (€)  |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |

1. geben Sie die Daten der letzten beiden Jahre mit einem genehmigten Jahresabschluss ein

- dass andere Unternehmen zu 25% oder mehr am genannten Unternehmen beteiligt sind und/oder, dass diese Beteiligungen an anderen Unternehmen im Ausmaß von 25% oder mehr hält:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| [ ]  nein |  | [ ]  ja |
|  |  | (in diesem Fall füllen Sie die folgende Tabelle "Unternehmensgröße (C1)” aus.) |

ERKLÄRUNG: UNTERNEHMENSGRÖSSE (C1)

(nur im Falle von Partnerunternehmen bzw. verbundenen Unternehmen auszufüllen)

ERKLÄRT

- dass andere Unternehmen zu 25% oder mehr am genannten Unternehmen beteiligt sind und/oder, dass diese Beteiligungen an anderen Unternehmen im Ausmaß von 25% oder mehr hält:

Informationen zu den Unternehmen, welche am antragstellenden Unternehmen beteiligt sind

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Unternehmen | Jahr       | Jahr       |
| Anteil % | Mitarbeiter (JAE) | Jahres-umsatz | Bilanz-summe | Anteil % | Mitarbeiter (JAE) | Jahres-umsatz | Bilanz-summe |
|       |       |       |       |       |       |       |       |       |

Informationen zu den Unternehmen, an denen das Antragstellende Unternehmen beteiligt ist

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Unternehmen | Jahr       | Jahr       |
| Anteil % | Mitarbeiter (JAE) | Jahres-umsatz | Bilanz-summe | Anteil % | Mitarbeiter (JAE) | Jahres-umsatz | Bilanz-summe |
|       |       |       |       |       |       |       |       |       |

**Abschnitt D – Anreizeffekt**

- dass zum Zeitpunkt der Einreichung des Finanzierungsantrages noch nicht mit dem Projekt begonnen wurde;

**Abschnitt E – Ziel der Maßnahme**

- dass die Maßnahme nicht auf eine Beihilfe für Tätigkeiten im Zusammenhang mit Ausfuhren in Drittländer oder Mitgliedstaaten, insbesondere Beihilfen, die unmittelbar mit den ausgeführten Mengen, dem Aufbau oder dem Betrieb eines Vertriebsnetzes oder anderen laufenden Kosten in Verbindung mit der Ausfuhrtätigkeit zusammenhängen, ausgerichtet ist;

**Abschnitt F – Kumulierungsbedingungen**

- dass sie in Bezug auf dieselben (sich teilweise oder vollständig überschneidenden) förderfähigen Kosten, die durch INTERREG-Mittel gedeckt sind, keine anderen staatlichen Beihilfen (oder De-minimis-Mittel) erhalten hat, die dazu führen würden, dass die höchste Beihilfeintensität oder der höchste Beihilfenbetrag, die bzw. der für die betreffende Beihilfe gemäß der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 i.g.F. gilt, überschritten wird.

**Information gemäß Verordnung EU 2016/679 – Datenschutz**

Sämtliche persönlichen Daten, welche in Ausübung des vorliegenden Verfahrens in den Besitz der Verwaltung gelangen, werden unter Einhaltung der Verordnung EU 2016/679, sowie der geltenden nationalen Bestimmungen zum Thema Datenschutz verarbeitet. Die vollständige Information zum Datenschutz ist auf der Website des Abteilung Europa unter folgendem Link <https://www.provinz.bz.it/politik-recht-aussenbeziehungen/europa/default.asp> verfügbar.

Nach Einsichtnahme in die Informationen des vorhergehenden Absatzes erklärt der/die Unterfertigte, der Verwaltung die Verarbeitung der in dieser Erklärung angeführten persönlichen Daten zu erlauben.

Ort und Datum

Digitale Unterschrift des gesetzlichen Vertreters

1. Im Falle von überbetrieblichen Projekten, muss für jedes teilnehmende Unternehmen der proportionale Anteil am Gesamtbetrag angegeben werden. [↑](#footnote-ref-2)
2. a) Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und — in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen — KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht.

Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU (1) genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.

b) Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und — in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen — KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen):

Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.

c) Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.

d) Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.

e) Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren

1. betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und

2. das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0; [↑](#footnote-ref-3)